

Fritz Plasser

Von „Parteisoldaten“ zu Online-Parteisympathisanten. Eine Zeitreise durch Österreichs Parteiengeschichte

Die von professionellen *web masters* gestylten *home pages* der österreichischen Parlamentsparteien machen es dem Internet-Nutzer schwer, sich vorzustellen, wie Sektionslokale und Ortsvereine der politischen Parteien in den frühen zwanziger Jahren ausgesehen haben und welcher Empfang ihm damals zuteil geworden wäre. Im scharfen Kontrast zur virtuellen Transparenz und zielgruppengerechten Serviceorientierung vollcomputerisierter Medien- und Kandidatenplattformen, zu denen sich Österreichs Parteien Ende der neunziger Jahre entwickelt haben, waren die politischen Parteien in den zwanziger Jahren Heerlager von Parteisoldaten. Historiker sprechen von einem „fraktalen Grundduktus“ der politischen Mentalitäten in der Zwischenkriegszeit und drücken damit die segmentierten Subkulturen und abgeschotteten Sozialmilieus einer fragmentierten und polarisierten Gesellschaft aus. Die politisch-kulturellen Integrationsmilieus und ideologischen Orientierungslager verfügten über eigene Symbolwelten, Zeichen und Grußformen, an denen Gleichgesinnte erkennbar und beim ersten Kontakt identifizierbar waren. Die politische Alltagskultur in Wiener Arbeitervierteln unterschied sich diametral von der Provinzkultur der katholisch-ländlichen Milieus. Konsequenterweise war das „Rote Wien“ als Zentrale und Bundeshauptstadt das Feindbild der traditionalistischen und katholisch-konservativ geprägten Peripherie und der ländlichen Bastionen der Christlichsozialen Partei.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei war eine städtische Partei. 1929 verfügte sie über 718.000 eingetragene Mitglieder, von denen über 60 Prozent in der Bundeshauptstadt Wien lebten. Über 50 Prozent der Mitglieder waren Arbeiter und jeder zweite Wähler der Sozialdemokratischen Partei war eingetragenes Parteimitglied. Die Dichte ihres organisatorischen Netzwerkes und der Sektionslokale, Kultur- und Sportvereine machten die Sozialdemokratische Partei zur vermutlich organisationsstärksten Stadtpartei Europas.

Anders die Christlichsoziale Partei, die ihre vorwiegend ländlichen Wählergruppen primär durch das katholisch-konfessionelle Milieu integrierte und mobilisierte. Die Kanzel war für die Christlichsozialen ein zentrales Agitationsforum, die christliche Vereinsstruktur der Nukleus ihres organisatorischen Netzwerkes und der Klerus ein wichtiger Teil der Parteieliten und strategischen Führungsebene. Die „bündisch-ständische“ Parteistruktur mit Bauernbund, christlicher Arbeiterbewegung, Gewerbebund und katholischer Frauenbewegung kristallisierte sich erst in den frühen dreißiger Jahren heraus.

Das dritte ideologische Orientierungslager – das Deutschnationale Lager – formierte sich 1920 als Zusammenschluß von siebzehn deutschnationalen, deutschradikalen und freisinnigen Parteien zur Großdeutschen Volkspartei. Zentrale programmatische Klammer dieses heterogenen Bündnisses war der Anschluß an Deutschland und Kritik an und Ablehnung der parlamentarischen Demokratie. Ihre Organisationsstruktur glich dem Typus einer Honoratiorenpartei, die durch ihr nahestehende „Völkische“ Vereine wie schlagende Burschenschaften, Sängerbünde und Turnerbünde, aber auch Teile der Jugend und der bürgerlichen Bildungsschichten integrieren konnte.

Damit ist eine der drei Kernspaltungslinien des österreichischen Parteiensystems der Zwischenkriegszeit angesprochen: die Frage der nationalen Identität und des Anschlusses an Deutschland, der keineswegs nur im großdeutschen Lager seine Anhängerschaft hatte, sondern auch innerhalb der Sozialdemokratischen Partei seine Befürworter fand. So wurde der „Anschlußparagraph“ erst 1933 – nach der Machtergreifung Hitlers in Deutschland – aus dem Parteiprogramm der SDAP gestrichen. Aber auch innerhalb der Christlichsozialen Partei gab es nennenswerte Strömungen und Persönlichkeiten, die die kulturelle Bindung an Deutschland betonten und den Anschluß an Deutschland befürworteten. Erst in letzter Minute – als der erzwungene „Anschluß“ bereits generalstabsmäßig vorbereitet war – versuchten die Eliten der „Vaterländischen Front“ an ein Österreichbewußtsein zu appellieren, das sie selbst während der Ersten Republik in Frage gestellt hatten, und mit den Sozialdemokraten einen partnerschaftlichen Konsens zu finden, den die Lagereliten bereits in den ersten Jahren der Ersten Republik zerbrochen hatten.

Die Einhaltung der Spielregeln der parlamentarischen Demokratie waren in der Zwischenkriegszeit bestenfalls Lippenbekenntnisse, Anlaß, den Gegner der Regelverletzung zu beschuldigen bzw. taktische Karten in einem unbarmherzigen strategischen Machtspiel. So wenig sich ein österreichisches Nationalbewußtsein in einer fragmentierten und zutiefst gespaltenen Gesellschaft feindseliger Militanz herausbilden konnte, so wenig war die Erste Republik ein Lernfeld für Demokratie und Respekt vor dem Parlamentarismus.

Polarisiert war auch das Verhältnis zwischen Katholischer Kirche und Politik. Die einseitige Parteinahme der Vertreter des katholischen Klerus, ihre militante Dogmatik und Verstrickung in den „Parteienkampf“ der Ersten Republik spitzte die Spannungen zwischen konfessionellen und laizistischen Bevölkerungsgruppen zu. Das Ergebnis war u.a. ein kultureller Dominanzkonflikt und eine parteipolitische Stigmatisierung, von der sich die Katholische Kirche erst in den sechziger Jahren befreien konnte.

Dritte für das österreichische Parteiensystem konstitutive Konfliktlinie war der Klassenkonflikt. Er wurde als Kampf der Arbeiterpartei gegen das „bürgerliche“ System ausgetragen und in schroffen Gegensätzen zwischen einer „sozialistischen“ und einer „christlich-bürgerlichen“ Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung programmatisch zugespitzt und auf Gewerkschaftsebene in Form parteipolitisch zugeordneter Richtungsgewerkschaften auch auf betrieblicher Ebene ausgetragen. Tatsächlich war die österreichische Gesellschaft der frühen

dreißiger Jahre eine Arbeitergesellschaft. 1934 waren von den Erwerbstätigen 49,3 Prozent Arbeiter, 36,8 Prozent Selbständige, Landwirte und Mithelfende und nur 13,9 Prozent Angestellte bzw. Beamte. 50 Jahre später stellen die Angestellten und Beamten bereits die Mehrheit der Erwerbstätigen und arbeiten knapp 60 Prozent aller Berufstätigen im Dienstleistungssektor. Die österreichischen Parteien der Zwischenkriegszeit führten ihre Wahlkämpfe und Mobilisierungskampagnen in einer Klassengesellschaft, die sich diametral von der Mittelschicht- und Wohlstandsgesellschaft der Gegenwart unterscheidet.

Es war eine fragmentierte, polarisierte, subkulturell segmentierte Gesellschaft, in der existentielle Armut und Zukunftsangst nicht nur in den Arbeiterbezirken Wiens beheimatet war, sondern auch in weiten Regionen des ländlichen Raums teilweise katastrophale Lebensverhältnisse herrschten. Armut und Arbeitslosigkeit waren keineswegs nur auf eines der ideologischen Richtungs-lager konzentriert. Es ist dies eines von mehreren Paradoxa der Ersten Republik, daß im Kern vergleichbare Sozial- und materielle Existenzprobleme nicht zu einer Annäherung der feindseligen Lager, sondern im Gegenteil, zur noch stärkeren Polarisierung zwischen gegnerischen Parteieliten und Parteianhängerschaften führten.

Destruktive Momente des Parteienwettbewerbes, der ideologischen Doktrination und politischer Militanz überwogen die konstruktiven Faktoren und demokratischen Potentiale, über die sowohl die Sozialdemokratie wie auch die Christlichsozialen verfügten. Das Ende des ersten Parteiensystems der Republik Österreich erfolgte 1934. Die Aktivisten der verbotenen Sozialdemokratischen Partei wurden in die Illegalität gedrängt. 1936 löst der autoritäre Ständestaat schließlich auch die Christlichsoziale Partei auf. Die politischen Parteien, die am Anfang der demokratischen Republik gestanden waren, sahen ihr definitives Scheitern und gewaltsames Ende aus einer ohnmächtigen Beobachterposition. Eine neue Partei und Bewegung – die Nationalsozialistische Arbeiterpartei – überrollte die traditionellen „roten“ und „schwarzen“ Lager, inhaftierte ihre Eliten in Konzentrationslagern, plünderte ihr Parteivermögen und inkorporierte die Mehrheit ihrer Funktionäre und Wähler – 580.000 als NSDAP-Mitglieder und Millionen als passive Mitläufer – in die nationalsozialistische, völkisch-rassistische Gesellschaftsideologie.

1945 waren es wie 1918 die politischen Parteien, die die Zweite Republik aus der Taufe hoben. Die Parteieliten der Ersten Republik – durch die Terrorerfahrungen in Konzentrationslagern und politischer Verfolgung mit dem Grauen des Holocaust und der mörderischen Destruktion des NS-Regimes erschüttert – versuchten erfolgreich, die katastrophalen Geburtsfehler der Ersten Republik zu vermeiden. Ihre Handlungsmaximen waren nun: Konsens- statt Konfliktorientierung, Kooperation statt Konfrontation, Bekenntnis zur österreichischen Nation und striktes *commitment*, was die Einhaltung fairer demokratisch-parlamentarischer Spielregeln betrifft. Dies stand am Beginn des zweiten Parteiensystems der wieder auferstandenen Republik Österreich und bildete Grundlage und Voraussetzung der erfolgreichen Überwindung historischer Traumata und Feinbilder.

Charakteristisch für das Parteiensystem der fünfziger und sechziger Jahre war die außerordentlich hohe Organisationsdichte (im westeuropäischen Durchschnitt waren ca. 5 Prozent der Wahlberechtigten Parteimitglieder – in Österreich in den ersten Jahrzehnten der Zweiten Republik 25-30 Prozent). Die ungewöhnlich hohe Mitgliederdichte und die Durchdringung staatlicher und halbstaatlicher Institutionen, Unternehmen und Wirtschaftssektoren durch Funktionäre bzw. Vertrauenspersonen der beiden Großparteien ÖVP und SPÖ in Verbindung mit klientelistischen Patronageerwartungen ihrer Mitglieder führten aber nicht nur zu einer parteipolitischen Übersteuerung der österreichischen Gesellschaft, sondern machten die Parteien auch anfällig für Korruptionsskandale und Affären, die ihre Glaubwürdigkeit in den Folgejahren erheblich unterminierten. Unter dem Stichwort des Proporz kam es in den fünfziger und sechziger Jahren zu einer parteipolitisch austarierten Machtverteilung in zwei politische „Reichshälften“, die an der Symmetrie der Besetzung von Leitungsstellen in verstaatlichten Industriebetrieben ebenso ablesbar war wie an der Bestellung von Volksschuldirektoren und Bediensteten der Straßenmeistereien.

Dem großkoalitionären Hoch der Nachkriegs- und Aufbauphase folgte bereits Mitte der sechziger Jahre die Ernüchterung. Unbeweglichkeit, Erstarrung und programmatischer Substanzverlust führten innerhalb der Großparteien zu tiefreichenden Konflikten zwischen Reformern und Bewahrern des Status Quo. Das Rundfunkvolksbegehren markiert das definitive Ende einer sozialpartnerschaftlichen Konsenskultur zwischen Parteieliten und redaktionellen Eliten. Die Parteipresse – in der Ersten Republik entscheidendes Informations- und Agitationsinstrument der Parteien – geriet in eine existenzgefährdende Krise, aus der sie nicht mehr herausfinden sollte. Parteiunabhängige Zeitungen, selbstbewußte Journalisten und die „Informationsexplosion“ des reformierten öffentlich-rechtlichen ORF brachten die Parteieliten in die Defensive und konfrontierten sie mit kritischen Fragen und Interviewsituationen.

Durften etwa beim Bundesparteitag der SPÖ im Jahr 1968 Journalisten nicht den Tagungssaal betreten und gab es am Ballhausplatz nach der wöchentlichen Ministerratssitzung bestenfalls eine spröde Presseerklärung, änderte sich die politischen Kommunikationspraxis der Parteien innerhalb weniger Jahre grundlegend. In den frühen siebziger Jahren setzten jene Prozesse ein, die seither mit den Stichworten Professionalisierung und „Amerikanisierung“ politischer Parteien bezeichnet werden. Aus traditionellen Parteieliten wurden professionelle Kommunikatoren und aus lautstarken Agitatoren studiogerechte Moderatoren ihrer zielgruppengerechten Botschaften.

Die „Mediatisierung“ des politischen Prozesses war aber nur eines von mehreren Strukturproblemen der politischen Parteien. Ein anderes war die beginnende Erosion ihrer organisatorischen Netzwerke durch den rasanten gesellschaftsstrukturellen Wandel, der ihre „Lager“ und „Bastionen“, ihre sozialen Milieus und Kontaktnetzwerke überrannte und destabilisierte. Überalterung der Parteifunktionäre, Ritualisierung des Parteilebens, Sektionslokale als Seniorenjauseinstationen, teilweise dramatischer Mitgliederschwund und die absolute Unattraktivität konventioneller Parteimitgliedschaft bei jüngeren Men-

schen konfrontierten die Traditionsparteien mit substantiellen – bis heute unge- lösten – Identitätsproblemen.

Wohl am stärksten laborieren die politischen Parteien an den Konsequenzen des gesellschaftlichen Wandels, die mit den Stichworten Pluralisierung, Individualisierung und neue Lebensstile nur angedeutet werden können. Als Indikatoren sei hier nur auf den anhaltenden Zerfall traditioneller Parteibindungen und Loyalitätsmuster verwiesen. Die affektiven Bindungen an die politischen Parteien nehmen ab. Identifizierten sich in den frühen sechziger Jahren noch drei Viertel der Österreicher gefühlsmäßig mit einer bestimmten politischen Partei, so gilt das in den neunziger Jahren nur mehr für weniger als die Hälfte. Am stärksten sind von diesem Trend die beiden Traditionsparteien betroffen, deren Integrations- und Mobilisierungsfähigkeit kontinuierlich schwächer wird.

Tabelle 1: Zerfall der Parteibindungen in Österreich
(jeweils längste Zeitreihe)

Indikator	Zeitreihe	erster Meßpunkt	letzter Meßpunkt	PPD
Parteiidentifikation habituelle	1974-1997	65	47	-16
Parteiidentifikation starke	1985-1997	50	36	-14
Parteiidentifikation Wahlbeständigkeit (Stammwähler)	1976-1997	31	15	-16
Wahlbeständigkeit (Wechselwähler)	1972-1996	76	46	-30
Integrierte Parteigänger	1972-1996	9	44	+36
Fluktuierend Parteilose	1979-1996	60	33	-27
Parteimitglieder	1979-1996	12	32	+20
	1972-1996	23	13	-10

Quelle: FESSEL-GfK: bundesweite Repräsentativumfragen
PPD = Prozentpunktdifferenz

Alarmierender als der Rückgang der Parteimitglieder ist die fortschreitende Überalterung der Mitgliederstöcke. Ohne neue und attraktive Rekrutierungsanstrengungen decken die Parteiorganisationen Ende der neunziger Jahre nur mehr das Seniorenspektrum der österreichischen Wählerschaft ab. Auch die Altersstruktur der Wählerschaft der Traditionsparteien ist verzerrt. Gelingt es den Traditionsparteien nicht, ihre mangelnde Attraktivität für jüngere Wählergenerationen durch ein attraktives Politik- und Personenangebot auszugleichen, erscheint ihre strukturelle Erosion als unausweichlich und vorprogrammiert.

Symptome tiefreichender Lern- und Anpassungsschwächen der Traditionsparteien sind u.a.:

- Tiefreichende Integrationsschwächen und die abnehmende Integrationsfähigkeit z.B. Parteiferne der Jugend und Jugendferne der Parteien bzw. der neuen, angestellten Mittelschichten und neuer gesellschaftlicher Situationsgruppen;
- Perspektivlosigkeit und verkürzter Planungshorizont, hektische Fixierung auf den nächsten Fernsehauftritt, „redaktionelles“ Politikverständnis. Die Politik degeneriert zum politischen Spektakel, zum Theater und Ritual;
- abnehmende politische Innovationsrate bei gleichzeitig steigendem Problemdruck, Vernachlässigung neuer Problemlagen und thematische Überforderung;
- die Abkoppelung der politischen Klasse, d.h. zunehmende Bürgerferne einer privilegierten Funktionseleite, Abschottung und egoistisches Profilierungsstreben;
- organisationspolitischer Immobilismus, d.h. innerparteiliches Demokratiever sagen, Versagen bei der Rekrutierung von Nachwuchs, Bürokratisierung und Ritualisierung des Parteilebens und
- verstopfte Rekrutierungskanäle. Die politische Nachwuchspflege ist vielfach nur Lippenbekenntnis. Die Jugend wird zum Problem der Großparteien, deren Rekrutierungs-Regeln nicht mehr zeitgemäß sind.

Weit stärker als unter strukturellen Anpassungsproblemen laborieren die österreichischen Traditionsparteien unter erheblichen Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsproblemen. Eine großflächige Wählerprotest-Stimmung, diffuse Verdrossenheitsreaktionen und Oppositionsreflexe umschatten die Reformbemühungen. Die in Österreich besonders ausgeprägte politisch-institutionelle Vertrauenslücke – nicht zuletzt die Spätfolge einer jahrzehntelangen Überdehnung des Parteeinflusses wie der parteipolitischen Übersteuerung der Gesellschaft – belastet das öffentliche Erscheinungsbild der Traditionsparteien. Solange diese Hypothek nicht abgetragen ist, werden die Traditionsparteien im Visier einer – vielfach überzogenen – Parteienkritik bleiben bzw. populistischen Angriffen und Attacken wehrlos ausgeliefert sein.

Trotz unverkennbarer Erosionserscheinungen verfügen beide Traditionsparteien auch noch am Ende der neunziger Jahre über Loyalitäts- und Integrationsreserven, die weit über denen der FPÖ bzw. der Grünen wie des Liberalen Forums liegen. Das Potential für eine offensive Reorganisation bzw. Restabilisierung der Traditionsparteien ist größer als es im aktuellen politischen Meinungsklima zum Ausdruck kommt. Die Sozialdemokratische Partei verfügt dabei über die vergleichsweise stabilste wahlpolitische Abstützung. Umgekehrt stellt sich die Situation für die FPÖ bzw. die beiden kleineren Oppositionsparteien dar. Diese Parteien integrieren gegenwärtig hochgradig instabile und fluktuierende Wählergruppen. Ihr Erfolg hängt daher zum überwiegenden Teil von aktuellen Problemkonjunkturen, emotionalen Stimmungslagen bzw. den Inszenierungskünsten eines populistischen Spitzenakteurs ab.

Mitte der achtziger Jahre hat sich auch der Wettbewerbsraum des österreichischen Parteiensystems einschneidend verändert. Die Formierung der Grü-

nen als kompetitiver Faktor der Parteienkonkurrenz und ihr Einzug in den österreichischen Nationalrat, in dem sie seit 1986 vertreten sind, stellt eine politische Innovation für den österreichischen Parteienwettbewerb dar. Für politische Innovationen sorgte auch die mittlerweile fünfte Fraktion im Nationalrat: das Liberale Forum, das sich 1993 von der FPÖ abspaltete und als neugegründete politische Partei liberale Akzente und Angebote an vorwiegend „postmoderne“, libertär orientierte, jüngere Wählerschichten setzt. Durch die teilweise Überschneidung der Wählerpotentiale von Grünen und Liberalem Forum einerseits und beider kritischer Distanz zur FPÖ verlaufen die Konfliktlinien nicht nur zwischen Koalitionsregierung und Opposition, sondern auch innerhalb und zwischen den Oppositionsparteien.

Folgenreich für das österreichische Parteiensystem war die personelle, inhaltliche und strategische Neuformierung der FPÖ im Herbst 1986. Unter Führung ihres Parteiobmannes Dr. Haider verfolgt die FPÖ seither einen rechtspopulistischen Kurs der permanenten Mobilisierung protestorientierter Wählerschichten, wobei sich Anhängerschaft und Sympathisanten der FPÖ in zentralen Einstellungsmustern deutlich von den Wählerschaften der anderen Parlamentsparteien unterscheiden:

- *Ausländerangst*: 56 Prozent, also mehr als die Hälfte der deklarierten FPÖ-Präferenten, können als dem Ausländer-Angst-Kern zugehörig klassifiziert werden; für die SPÖ-Anhänger trifft dies auf ca. ein Drittel, für die ÖVP-Anhänger auf ca. ein Viertel, für die Grünen auf weniger als ein Zehntel zu;
- *Parteienverdrossenheit*: 45 Prozent der deklarierten FPÖ-Anhänger sind dem parteiverdrossenen Kern zuzurechnen; dieser Anteil ist mehr als doppelt so hoch wie bei den Grünen und dreimal so hoch wie bei SPÖ und ÖVP und auch dreimal so hoch wie beim Liberalen Forum;
- *Autoritarismus*: der Anteil an Personen, die dem autoritären Kern, aber auch dem autoritären Potential angehören, liegt bei den deklarierten FPÖ-Präferenten mit 8 Prozent bzw. 70 Prozent deutlich über den entsprechenden Werten aller anderen Parteipräferenten;
- *Deutschnationalismus*: deutschnationale Orientierungen sind in der deklarierten FPÖ-Anhängerschaft etwa doppelt so stark verbreitet wie unter den Anhängern von ÖVP und SPÖ. Bei den Grünen ist diese Einstellung weitgehend absent.
- *Eindruck der Kompetenzschwäche der Parteien bzw. Regierungskritik*: auch diese Orientierungen sind in der FPÖ-Wählerschaft stark überdurchschnittlich vertreten.

Dieser Befund verweist darauf, daß die derzeitige FPÖ-Wählerschaft, anders als in der Periode 1987-1990, wo sie eher eine lose Protestwählerschaft darstellte, ein von der österreichischen Durchschnittsbevölkerung deutlich abweichendes politisches Profil aufweist – mit den Schwerpunkten ausgeprägte Ausländerangst, Autoritarismus, Parteien- und Politikerverdrossenheit und latentes deutschnationalem Selbstverständnis bei den älteren FPÖ-Wählern.

Für tiefreichende Veränderungen im österreichischen Parteienwettbewerb

Ende der neunziger Jahre steht etwa das Wahlverhalten der Arbeiter. Bei der Nationalratswahl 1995 haben 35 Prozent die FPÖ gewählt. Unter jüngeren, männlichen Facharbeitern liegen SPÖ und FPÖ Kopf an Kopf. Die Sozialdemokratische Partei ist gerade in ihren traditionellen Wahlhochburgen am stärksten durch die rechtspopulistische Offensive der FPÖ herausgefordert. An der FPÖ – die sich in Festansprachen als Repräsentantin des Dritten Lagers bezeichnet – entzündete sich auch eine im Wählerverhalten empirisch belegbare „Geschlechterklufft“. Die FPÖ-Wähler sind überwiegend männlich, während Frauen – insbesondere jüngere, berufstätige Frauen – überdurchschnittlich zur Wahl der Grünen bzw. des Liberalen Forums tendieren. Der *gender gap* markiert eine neue Spannungslinie im Wählerverhalten und Parteienwettbewerb. Voneinander immer stärker entfernt sich auch das Wahlverhalten der älteren von dem der jüngeren Generationen.

Analytiker sprechen bereits von zwei generationsspezifischen Parteiensystemen in Österreich, von denen das ältere noch Kontinuitäten zum Parteiensystem der ersten Nachkriegsjahrzehnte aufweist, während das jüngere Parteiensystem bereits Konturen des Parteienwettbewerbs des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts vorwegnimmt. Es handelt sich dabei um ein aufgelockertes Mehrparteiensystem, in dem keine der derzeit fünf Parlamentsparteien einen klaren Startvorteil hat, Parteibindungen – falls überhaupt – nur schwach ausgeprägt sind und die Kommunikationsleistung im Zusammenhang mit aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen ungleich wichtiger für die definitive Wahlentscheidung ist, als der Rückgriff auf programmatische Positionen und Leistungen in der Vergangenheit. Mit Blick auf die auch in Österreich ihren Schatten vorauswerfende Cyberdemokratie stehen den politischen Parteien verknüpft drei Reaktionsstrategien zur Verfügung. Die *resignative* Variante besteht im Kern aus dem Versuch, „durchzutauchen“. Ihre Parameter orientieren sich an der Hoffnung auf eine grundlegende Änderung der strategischen Rahmenbedingungen (z.B. gravierende Fehler eines politischen Mitkonkurrenten, externe Krisen, die zu einer Restabilisierung der „alten“ Parteienordnung führen), an der wahlpolitischen Bestandssicherung im Sinne einer Abschottung und Verteidigung bestehender Einfluß- und Machtdomänen sowie an punktueller Reformkosmetik.

Die *technokratische* Variante kapituliert vor strukturellen Reformblockaden, akzeptiert das Beharrungsvermögen der mittleren Funktionärschicht und konzentriert ihre Aktivitäten auf die Professionalisierung der zentralen Stabsarbeit, den großflächigen Einsatz der modernsten politischen Marketingmethoden, auf die optimale mediengerechte Inszenierung weniger Spitzenakteure und ein professionelles Themen- und Ereignismanagement, in dem die Medienlogik absoluten Vorrang vor der traditionellen Parteilogik hat.

Die *offensive* Variante schließlich versucht, die Professionalisierung mit einer inhaltlichen Modernisierung zu verbinden. Die offensive Variante weiß um die wahlpolitische Bedeutung der Hauptakteure des massenmedial vermittelten Politikdramas – sie weiß aber auch über neue Partizipations- und Mitbestimmungserwartungen der Wählerschaft Bescheid. Sie sieht die Parteiorganisation als Potential für eine kommunikative Politik des Dialogs und der Bürgernähe.

Dies ist der Moment, in dem sich der eingangs erwähnte Internet-Nutzer wiederum seinem Bildschirm und den *home pages* der österreichischen Parlamentsparteien zuwendet. Erschöpft und leicht desorientiert von seiner Zeitreise durch die Geschichte des österreichischen Parteiensystems konzentriert er sich auf die Stellungnahmen der Parteien zur aktuellen Nachrichtenlage. Online ruft er die TV-Berichte über die vormittäglichen Pressekonferenzen der Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten ab. Er sympathisiert mit einer der fünf Parlamentsparteien und hat sich bereits mehrmals an *online-chats* mit Repräsentanten dieser Parteien beteiligt. Nach einem Blick auf die aktuellen Meinungsumfragedaten unter Internet-Nutzern beschließt er, *e-mails* an die mittlerweile vollcomputerisierten Parteizentralen abzusenden. Er ist sich sicher, morgens in seiner *Mailbox* persönliche Antworten vorzufinden. Bevor er sich seinen Computerspielen zuwendet, schickt er noch eine kurze Notiz an die virtuelle Parteisektion, bei der er Mitglied ist und steckt die CD-Rom über die österreichische Parteigeschichte zurück in die Hülle.

Literatur

- Dachs, Herbert (Hg.) (1992): Parteien und Wahlen in Österreichs Bundesländern 1945-1991, Wien: Oldenbourg
- Dachs, Herbert/P. Gerlich/H. Gottweis/F. Horner/H. Kramer/V. Lauber/W. Müller/E. Tólos (Hg.) (31997): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik, Wien: Manz
- Drabek, Anna M./Richard G. Plaschka/Helmut Rumpler (Hg.) (1990): Das Parteienwesen Österreichs und Ungarns in der Zwischenkriegszeit, Wien: Verlag der österreichischen Akademie der Wissenschaften
- Hanisch, Ernst (1994): Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Wien: Ueberreuter
- Kriechbaumer, Robert/Franz Schausberger (Hg.) (1995): Volkspartei - Anspruch und Realität, Wien: Böhlau
- Kriechbaumer, Robert (1990): Parteiprogramme im Widerstreit der Interessen. Die Programmdiskussionen und die Programme von SPÖ und ÖVP 1945-1986, Wien: Böhlau
- Luther, Kurt Richard/Peter Pulzer (eds.) (1998): Austria 1945-1995. Fifty Years of the Second Republic, Aldershot: Dartmouth
- Maderthaner, Wolfgang/Wolfgang C. Müller (Hg.) (1996): Die Organisation der österreichischen Sozialdemokratie 1889-1995, Wien: Löcker
- Müller, Wolfgang/Fritz Plasser/Peter A. Ulram (Hg.) (1995): Wählerverhalten und Parteienwettbewerb, Wien: Signum
- Pelinka, Anton/Fritz Plasser (Hg.) (1988): Das österreichische Parteiensystem, Wien: Böhlau
- Plasser, Fritz/Peter A. Ulram (1982): Unbehagen im Parteienstaat, Wien: Böhlau
- Tólos, Emmerich/H. Dachs/E. Hanisch/A. Staudinger (Hg.) (1995): Handbuch des Politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933, Wien: Manz